



HAMBURGER GETREIDE-LAGERHAUS
AKTIENGESELLSCHAFT Hamburg

Jahresabschluss 2009

Organe der Gesellschaft

Vorstand:

Bernd Günther, Hamburg

Kaufmann

Weitere Tätigkeiten und Funktionen:

Vorsitzender des Aufsichtsrates der H&R WASAG AG

Vorsitzender des Aufsichtsrates der Maschinenfabrik HEID AG

Vorsitzender des Aufsichtsrates der New-York Hamburger Gummi-
Waaren Compagnie AG

Vorsitzender des Aufsichtsrates der MATERNUS Kliniken AG

Mitglied des Aufsichtsrates der KREMLIN AG bis 26.06.2009

Mitglied des Aufsichtsrates der Patrio Plus AG ab 10.08.2009

Mitglied des Aufsichtsrates der REAL AG

Vorstandsvorsitzender der N.V. Beheer v/h Philips Tabak

Aufsichtsrat:

Dr. jur. Horst Reuter, Hamburg, Vorsitzender

Rechtsanwalt / Steuerberater

Dipl.-Kfm. Hanns Günther, Frankfurt

Bankkaufmann

Michael von Busse, Hamburg

Bankkaufmann

Weitere Tätigkeiten und Funktionen:

Mitglied des Aufsichtsrates der Menzel Vermögensverwaltung AG

Mitglied des Aufsichtsrates der KREMLIN AG

Mitglied des Aufsichtsrates der ACM Advanced Capital Management AG

Geschäftsbericht des Vorstandes

LAGEBERICHT 2009

Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

Das Geschäftsjahr 2009 war von den Turbulenzen der Finanzkrise, die in eine Wirtschaftskrise mündete, stark tangiert. Die Wirtschaftsleistung in der Deutschen Bundesrepublik war erstmals rückläufig. Kaum ein Unternehmen wagte wegen der katastrophalen Stimmung eine Prognose.

Im Jahresverlauf besserte sich die Stimmung, was auch zur Erholung der Wertpapiernotierungen führte. Die Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Finanzmärkte hielt jedoch an. Die erhöhte Schuldenaufnahme vieler Staaten trug zur Unsicherheit bei. Die Beschäftigungslage in der Bundesrepublik blieb wegen des Instrumentes der Kurzarbeit erfreulich stabil. Die Bundesregierung schuf durch ihre Garantie für die Spareinlagen und die Hilfe für in Not geratene Banken Vertrauen. Da auch die Regierungen anderer großer Industrienationen ähnlich handelten, wurde zunächst eine neue Weltwirtschaftskrise vermieden.

Vermögenslage

Die Vermögenslage unserer Gesellschaft blieb im Berichtsjahr 2009 stabil. Die Eigenmittel sind mit € 1.253.986,06 nahezu unverändert geblieben. Durch Verkürzung der Bilanzsumme um € 282.690,07 auf € 5.748.681,32 erreichen die Eigenmittel an der Bilanzsumme 21,8 %. Das ist gegenüber dem Vorjahr eine Verbesserung der Eigenkapitalquote um 1,0 %. Durch Gewinnthesaurierung wollen wir die Eigenkapitalquote in den nächsten Geschäftsperioden auf deutlich über 25 % erhöhen.

Die Grundstückfinanzierung des Objektes in Mönchengladbach wurde langfristig mit einem Zinssatz von 5,15 % vorgenommen, die Tilgungsrate beträgt 3,5 % p.a.

Die jährlichen Mieteinnahmen liegen bei € 0,5 Mio., und das Objekt liefert einen positiven Ertrag.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten konnten im Geschäftsjahr 2009 um € 278.665,44 auf € 3.775.677,49 durch Tilgungen für die in Anspruch genommenen Darlehen in Höhe von T€ 138 sowie aus einer gegenüber dem Vorjahr um T€ 140 geringeren Inanspruchnahme von Kontokorrentkrediten reduziert werden.

Die Grundstücke in Bielefeld und Bremerhaven-Langen sind ebenfalls voll vermietet und langfristig finanziert und zwar mit Zinssätzen von 5,35 % und 5,25 %.

Die Wohnung in Bremerhaven-Langen konnte inzwischen komplett vermietet werden.

Finanzlage

Die Finanzlage unserer Gesellschaft ist geordnet. Die Grundstücksobjekte sind langfristig finanziert und bringen einen ausreichenden Ertrag, um Zinszahlungen und Tilgungen zu gewährleisten.

Die Aktienanlagen haben wir reduziert. Sie belaufen sich nur noch auf einen Bilanzwert in Höhe von € 161.663,29 (Vorjahr: € 306.031,27) und verteilen sich auf mehr als zehn verschiedene Positionen.

Ertragslage

Die Ertragslage unserer Gesellschaft konnte planmäßig verbessert und ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis erzielt werden. Nach sehr positiven Ergebnissen in 2006 und 2007 erzielten wir in 2009 ein Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von plus € 15.605,79. Im Geschäftsjahr 2008 war durch die Finanzkrise ein Negativergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von € 398.417,20 zu verbuchen. Im Geschäftsjahr 2007 lag das Plus bei € 198.513,39 (darin enthalten T€ 805 aus der Auflösung von Einzelwertberichtigungen) und im Jahr 2006 bei € 577.482,77.

Die Verbesserung des Ergebnisses gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf ein um € 439.770,64 auf € 64.444,86 (Vorjahr: € -375.325,78) verbessertes Ergebnis aus Wertpapier- und Optionsgeschäften sowie um € 231.231,66 auf € 10.972,38 (Vorjahr: € 242.204,04) verminderten Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens zurückzuführen.

Demgegenüber steht eine Verminderung der sonstigen betrieblichen Erträge, da im Vorjahr eine Zuschreibung in Höhe von € 299.999,49 für die Beteiligung an der N.V. Beheer v/h Philips Tabak aufgrund der verbesserten Ertragsituation enthalten war.

Im Jahr 2009 konnten Mieterträge in Höhe von € 589.033,00 (Vorjahr: € 609.525,66) erzielt werden. Diese wurden unter Anpassung der Vorjahreszahlen erstmals als Umsatzerlöse ausgewiesen, da mit dem Erwerb des Objektes in Mönchengladbach und der seit dem Jahr 2007 vorgenommenen Vermietung die Vermietungstätigkeit insgesamt nunmehr als gewöhnliche Geschäftstätigkeit der Gesellschaft anzusehen ist.

Unsere Beteiligung, die N.V. Beheer v/h Philips Tabak, schloss 2009 mit Gewinn in Höhe von T€ 82 (Vorjahr: T€ 347) ab. Die Beteiligungshöhe liegt unverändert bei 49 %, der Buchwert bei € 300.000,00. Das Eigenvermögen dieser Beteiligung lag per Jahresultimo bei leicht über € 1 Mio.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung sowie Risikomanagement

Der Vorstand der Gesellschaft befasst sich entsprechend den gesetzlichen Vorgaben des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) intensiv mit Risiken der zukünftigen Entwicklung. Er hat geeignete Maßnahmen getroffen, um Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden können, früh zu erkennen. Im Derivatebereich haben wir die Risikokontrolle durch tägliche Margenlisten genau im Griff. Es erfolgt eine regelmäßige und genaue Risikokontrolle u.a. durch die tägliche Vorlage sämtlicher Margenlisten von den Banken. Auf Grund der Marktrisiken sowie aus Gründen einer konservativen Anlagestrategie haben wir keine längerfristigen Transaktionen vorgenommen.

Die wesentlichen Risiken bei unseren Immobilien sind die Marktentwicklungen in Deutschland. Mietausfälle und Leerstände sind als Risiken zu nennen.

Wir haben ein Mahnwesen eingerichtet, wenn Mieten nicht pünktlich gezahlt werden und pflegen den Kontakt mit unseren Mietern.

Bei Aktien- und Beteiligungsengagements sind wir von der Marktentwicklung abhängig. Zur Risikobegrenzung verfolgen wir das Marktgeschehen intensiv und limitieren das Risiko durch Stopp-loss-Ordererteilung.

Die zukünftigen Chancen unserer Gesellschaft sind in höheren Mietüberschüssen zu sehen. Das erworbene Lager- und Geschäftsgrundstück in Mönchengladbach hat unsere Mieterträge seit dem Jahr 2007 insgesamt gesteigert und zu einer besseren Ertragsstabilität geführt.

Unter Berücksichtigung der übersichtlichen Unternehmens- und Organisationsstruktur hat die HGL AG Voraussetzungen zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften geschaffen. Risikomanagementprozesse sind der Unternehmensgröße angemessen definiert. Die Buchhaltung wird von einem externen Dienstleister vorgenommen, der sich einer dem Geschäftsumfang angemessenen Standardsoftware bedient. Die Bereiche des Rechnungslegungsprozesses sind eindeutig zugeordnet und werden durch den Vorstand überwacht. Zur Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen werden im Rechnungslegungsprozess angemessene Leitlinien und Handlungsanweisungen vorgegeben. Auf diese Weise wird ein stringenter und rechtskonformer Rechnungslegungsprozess bei der HGL AG gewährleistet.

Eine frühzeitige Identifikation und Bewertung von Risiken durch das Risikomanagement stellen sicher, dass den Berichtsadressaten zutreffende, relevante und verlässliche Informationen stets zeitnah zur Verfügung gestellt werden.

Angaben nach § 289 Abs. 2 Nr. 5 und Abs. 4 HGB

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital zum 31. Dezember 2009 beträgt € 1.228.708,38 und setzt sich aus 289.000 Stamm-Stückaktien und 51.000 Vorzugs-Stückaktien zusammen. Jeweils eine Aktie gewährt einen rechnerischen Anteil in Höhe von ca. € 3,61 am Grundkapital. Die Ausstattung der Stamm-Stückaktien mit Rechten und Pflichten richtet sich nach dem Aktiengesetz. Jede Aktie gewährt eine Stimme.

Die Ausstattung der Vorzugs-Stückaktien richtet sich nach dem Aktiengesetz sowie § 4 letzter Absatz und § 18 der Satzung. Die Vorzugs-Stückaktien sind gemäß § 140 Abs. 2 AktG stimmberechtigt und sind bei der Berechnung einer nach Gesetz oder Satzung erforderlichen Kapitalmehrheit zu berücksichtigen.

Arbeitnehmer der Gesellschaft sind nicht derart am Kapital beteiligt, dass eine nicht unmittelbare Ausübung der Kontrollrechte durch die Arbeitnehmer stattfindet.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, liegen nicht vor oder sind, soweit sie sich aus Vereinbarungen der Aktionäre ergeben können, dem Vorstand nicht bekannt.

Beteiligungsverhältnisse

Die Beteiligungsverhältnisse haben sich in 2009 verändert. Dem Vorstand ist nur noch eine Beteiligung bekannt, die 20 % der Stimmrechte überschreitet. Herrn Bernd Günther standen 24,01 % der Stimmrechte zu, wovon ihm 7,46 % nach § 22 Abs.1, Satz 1, Nr. 1 WpHG zuzurechnen sind.

Aufgrund der vorliegenden Mitteilungen nach § 21 WpHG standen Herrn Runold Meier-Naust 6,87 % der Stimmrechte und der Otto M. Schröder Bank AG 7,04 % der Stimmrechte an unserer Gesellschaft zu. Frau Traute Horn hat ihre Beteiligung im November 2009 auf 1,88 % der Stimmrechte reduziert, wovon ihr 1,88 % nach § 22 Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 WpHG zuzurechnen waren.

Bestehende Ermächtigungen für Kapitalbeschlüsse

Der Vorstand ist gemäß Satzung dazu ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital bis zum 30. August 2010 um bis zu € 600.000,00 durch einmalige oder mehrmalige Ausgabe von auf den Inhaber lautender Stamm-Stückaktien ohne Nennwert gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen und mit Zustimmung des Aufsichtsrats über die Bedingungen der Aktienaussgabe zu entscheiden (Genehmigtes Kapital 2005). Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht zu gewähren. Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen.

Darüber hinaus wird der Vorstand ermächtigt, bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats auszuschließen, soweit der Nennbetrag der neuen Aktien weder 10 % des im Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Ermächtigung bestehenden noch 10 % des im Zeitpunkt der Ausgabe der neuen Aktien bestehenden Grundkapitals übersteigt und der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis nicht wesentlich im Sinne des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unterschreitet.

Der Vorstand wird ferner ermächtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats auszuschließen, sofern die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen oder von Beteiligungen an Unternehmen erfolgt oder soweit der Ausschluss des Bezugsrechts erforderlich ist, um den Inhabern der von der Gesellschaft noch zu begebenden Wandelschuldverschreibungen oder Darlehen oder Optionsscheinen ein Bezugsrecht in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- bzw. Wandelrechts oder nach Erfüllung der Wandlungspflicht zustehen würde. Eine Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien besteht nicht.

Satzungsänderungen

Die Änderung der Satzung bedarf eines Beschlusses der Hauptversammlung (§ 179 AktG) und wird mit Eintragung in das Handelsregister wirksam (§ 181 Abs. 3 AktG). Der Aufsichtsrat ist gemäß § 4 der Satzung ermächtigt, die Satzung nach vollständiger oder teilweiser Durchführung der Erhöhung des Grundkapitals oder nach Ablauf der Ermächtigungsfrist neu zu fassen.

Leitung und Kontrolle

Die Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern erfolgt gemäß §§ 84, 85 AktG.

Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Solche Gründe sind namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsmäßigen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung – es sei denn, dass das Vertrauen aus offensichtlich unsachlichen Gründen entzogen worden ist.

Die Vergütung des Vorstandes umfasst lediglich eine Festvergütung, die in ihrer Höhe an die Größe und wirtschaftliche Lage der Gesellschaft angepasst wird. Die Vergütung des Aufsichtsrates ist in § 11 der Satzung geregelt. Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten außer dem Ersatz ihrer Auslagen eine feste jährliche Vergütung in Höhe von jeweils € 2.556,46.

Zusätzliche Angaben

Es existiert nach Kenntnis des Vorstands keine Vereinbarung der HGL AG, die im Falle einer wesentlichen Veränderung der Gesellschafterstruktur ein außerordentliches Kündigungsrecht vorsieht.

Entschädigungsvereinbarungen der Gesellschaft, die für den Fall eines Übernahmeangebots mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern getroffen sind, bestehen nicht.

Ausblick und zukünftige Entwicklung

Für das Geschäftsjahr 2010 erwarten wir ein positives Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

Unerwartete Reparaturaufwendungen oder größere Mietausfälle können die Prognose gefährden. Bislang gelang es stets, bei Kündigungen kurzfristig neue Mieter zu finden.

Das erste Quartal 2010 zeigte eine Fortsetzung der erfreulichen Ergebnistendenz und lag über dem letztjährigen Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

Die Vermietung unserer Lagerflächen und Häuser sichert normalerweise die Abdeckung aller Aufwendungen. Die durch Tilgungen jährlich niedrigeren Zinsaufwendungen werden bei gleichem Vermietungsstand zu jährlich leicht erhöhten Erträgen führen.

Für die Geschäftsjahre 2010 und 2011 planen wir positive Jahresergebnisse der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Wenn keine besonderen retardierenden Momente, wie Ausfall eines größeren Mieters, eintreten, sollte man im Geschäftsjahr 2011 ein positives Jahresergebnis von nahezu T€ 100 erreichen. Diese Prognose wird unter dem Vorbehalt gegeben, dass die Finanzkrise in ihren Auswirkungen die Konjunktur nicht weiter stark beeinträchtigt und wir in Deutschland wieder einen deutlichen Zuwachs des Bruttosozialproduktes erreichen.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die wesentlichen Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft haben, sind nicht eingetreten.

In der Aktionärsstruktur hat sich im April 2010 eine Änderung ergeben. Der Aktionär, Herr Runold Meier-Naust hat seine Anteile verkauft. Von der Ashgürian GmbH haben wir die Mitteilung über den Erwerb von 6,818 % unserer Anteile erhalten.

Deutscher Corporate Governance Bericht und Erklärung gemäß § 289 a HGB

Nach § 161 AktG haben Vorstand und Aufsichtsrat einer börsennotierten Aktiengesellschaft jährlich zu erklären, dass den vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ entsprochen wurde und welche Empfehlungen nicht angewandt wurden oder werden.

Diese Erklärung ist den Aktionären zugänglich zu machen. Wir haben auf der Internetseite unserer Gesellschaft ausschließlich die jeweils aktuelle Fassung veröffentlicht und darauf hingewiesen, dass allen Aktionären auch die Fassungen der vorhergehenden Jahre auf Anforderung zur Verfügung stehen.

Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG in der Fassung von 2009

Die Hamburger Getreide-Lagerhaus AG entsprach in der Vergangenheit den Verhaltensempfehlungen der „Regierungskommission Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 14. Juni 2007 und 6. Juni 2008 mit Ausnahmen und wird in Zukunft den Verhaltensempfehlungen der „Regierungskommission Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom **18. Juni 2009** mit den folgenden Ausnahmen entsprechen. Wir sind von den Empfehlungen des Kodex dann abgewichen, wenn und soweit aufgrund der Größe und Struktur der Gesellschaft, des Umfangs der Geschäftstätigkeit sowie unserer Aktionärsstruktur eine Befolgung der Empfehlung unseres Erachtens nach als nicht sinnvoll einzustufen ist.

- Die vom Gesetz für die Hauptversammlung verlangten Berichte und Unterlagen einschließlich des Geschäftsberichtes werden zur Einsichtnahme ausgelegt und auf Wunsch den Aktionären zugesandt. Auf der Internet-Seite wird abweichend von Ziff. 2.3.1 nur die Einladung zur Hauptversammlung den Aktionären bekannt gegeben.
- Die Bestellung eines Vertreters für die weisungsgebundene Ausübung des Stimmrechts durch die Gesellschaft ist abweichend von Ziff. 2.3.3. nicht vorgesehen.
- Der Aufsichtsrat hat die Informations- und Berichtspflichten des Vorstands in Abweichung von Ziff. 3.4 Absatz 3 nicht förmlich festgelegt.
- Die Empfehlungen nach Ziff. 3.6 entfallen für unsere Gesellschaft.
- Die Gesellschaft veröffentlicht entgegen Ziff. 3.10 nur die aktuelle Entsprechenserklärung auf der Internetseite. Auf Verlangen werden die Vorjahresversionen zugesandt.
- Die Bestellung eines 2. Vorstandes entsprechend Ziff. 4.2.1. ist nicht vorgesehen und auf Grund der Größe des Unternehmens ist die Vertretung durch nur einen Vorstand angemessen.
- Der Vorstand erhält abweichend von Ziff. 4.2.3. eine fixe Vergütung. Eine Bekanntmachung auf der Internet-Seite, eine Erläuterung des Vergütungssystems im Geschäftsbericht sowie eine Information der Hauptversammlung über das Vergütungssystem nach Ziff. 4.2.3. entfallen daher. Die Höhe der Vergütung für den Vorstand wird im Geschäftsbericht ausgewiesen.
- Die Offenlegung in einem gesonderten Vergütungsbericht, gemäß Ziff. 4.2.5 ist nicht erforderlich, da die Gesellschaft nur durch einen Vorstand vertreten wird, der ausschließlich eine fixe Vergütung erhält.
- Altersgrenzen für den Vorstand und für die Mitglieder des Aufsichtsrats bestehen abweichend von Ziff. 5.1.2 und 5.4.1 nicht. Die Festlegung einer Altersgrenze als Ausschlusskriterium ist nicht vorgesehen.
- Eine langfristige Nachfolgeplanung für den Vorstand besteht gegenwärtig entgegen Ziff. 5.1.2 noch nicht. Bei Besserung der Geschäftslage der Gesellschaft ist jedoch geplant, einen zweiten Vorstand zu bestellen.
- Der Aufsichtsrat hat abweichend von Ziff. 5.3.1 und 5.3.2 keine Ausschüsse, insbesondere keinen Prüfungsausschuss, gebildet. Die im Corporate Governance Kodex der Regierungskommission vorgeschlagenen Themenschwerpunkte für einen Prüfungsausschuss werden im Aufsichtsrat behandelt.

- Ziff. 5.3.3. Die Bildung eines Nominierungsausschusses, der ausschließlich mit Vertretern der Anteilseigner besetzt ist und dem Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung geeignete Kandidaten vorschlägt, ist bei der Größe der Gesellschaft nicht erforderlich.
- Die Verweisung an Ausschüsse erfolgt auf Grund der Größe der Gesellschaft nicht. Sachthemen wie die Strategie des Unternehmens, Vergütung des Vorstandsmitglieds, Investitionen und Finanzierungen werden entgegen Ziff. 5.3.4 im gesamten Aufsichtsrat besprochen.
- Entgegen Ziff. 5.4.3. des Kodex werden Wahlen zum Aufsichtsrat auch weiterhin als Blockwahl durchgeführt werden.
- Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder ist in der Satzung geregelt. Alle Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten abweichend von Ziff 5.4.6 eine feste Vergütung in gleicher Höhe. Ein individualisierter Ausweis ist daher nicht erforderlich. Eine erfolgsorientierte Vergütung ist nicht vorgesehen.
- Die Offenlegung der Geschäfte von Organmitgliedern in Aktien der Gesellschaft und der Aktienbesitz der Organmitglieder werden gemäß den gesetzlichen Regelungen des § 15 a WpHG vorgenommen. Eine darüber hinausgehende Offenlegung ist abweichend von Ziff. 6.6 nicht vorgesehen und wird von der Gesellschaft bisher nicht für notwendig erachtet.
- Ein Finanzkalender wird entgegen Ziff. 6.7 gegenwärtig von der Gesellschaft nicht erstellt. Dieses ist aus Sicht der Gesellschaft auf Grund der Größe und aus Kostengründen auch nicht notwendig. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit veröffentlichen wir rechtzeitig die Termine unserer Hauptversammlung und informieren unsere Aktionäre über die Geschäftsentwicklung auf der Internetseite der Gesellschaft.
- Die Gesellschaft wird vorerst entgegen Ziff. 6.8. nicht alle Veröffentlichungen auf ihrer Internetseite im Volltext veröffentlichen sondern nur auf die Veröffentlichung verweisen.
- Die mit der Aufstellung eines Konzernabschlusses verbundenen Empfehlungen nach Ziff. 7.1.1, 7.1.2 und 7.1.5 entfallen für unsere Gesellschaft, da diese keinen Konzernabschluss aufstellt.
- Die Empfehlungen gem. Ziff. 7.1.3 entfallen für unsere Gesellschaft, da keine wertpapierorientierten Anreizsysteme bestehen.
- Die Gesellschaft veröffentlicht abweichend von Ziff. 7.1.4 keine Liste von Drittunternehmen, an denen sie eine Beteiligung von nicht untergeordneter Bedeutung hält. Relevante Entwicklungen bei Beteiligungen an einem anderen Unternehmen werden aber in der Hauptversammlung angesprochen und Fragen der Aktionäre dort beantwortet.

Vorstand und Aufsichtsrat der
Hamburger Getreide-Lagerhaus AG
Hamburg, den 28.12.2009

Erklärung zur Unternehmensführung – Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat

Die Unternehmensführung der Hamburger Getreide-Lagerhaus AG richtet sich nach dem Deutschen Recht und der Satzung. Den Regeln des Deutschen Aktienrechts entsprechen die Organe Vorstand und Aufsichtsrat mit jeweils eigener Kompetenz. Sie arbeiten bei der Steuerung und Überwachung des Unternehmens eng und vertrauensvoll zusammen. Die Bestellung und Abberufung des Vorstandes erfolgt gemäß §§ 84 und 85 AktG.

Änderungen der Satzung erfolgen im Rahmen der §§ 133, 179 AktG und nach § 4 der Satzung. Solche Satzungsänderungen, die nur die Fassung betreffen, dürfen vom Aufsichtsrat ohne Zustimmung der Hauptversammlung beschlossen werden.

Der Vorstand besteht aus einer Person und orientiert sich auf nachhaltige Wertschöpfung streng am Unternehmensinteresse. Er ist bei der Ausführung seiner Tätigkeit eigenverantwortlich tätig. Der Vorstand achtet streng auf die vom Aufsichtsrat und von der Satzung vorgegebenen Regeln.

Der Aufsichtsrat besteht aus drei Personen, der die Geschäftsführung des Vorstandes überwacht und in beratender Funktion tätig ist. Für bedeutende Geschäftsvorgänge gibt es eine Jahresplanung und Besprechungen. Der Aufsichtsrat ist nicht befugt, mit eigenen Maßnahmen in die Geschäftsführung des Vorstandes einzugreifen.

Der Aufsichtsrat wird vom Vorstand zeitnah und schriftlich in regelmäßigen Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Lage der Gesellschaft, des Risikos und der Compliance unterrichtet.

Der Aufsichtsrat in seiner jetzigen Zusammensetzung ist bis zum Ende der Hauptversammlung, die über das Geschäftsjahr 2009 beschließt, gewählt.

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat tagte im Berichtsjahr 2009 in vier ordentlichen Sitzungen. Darüber hinaus haben die Mitglieder des Aufsichtsrates in vielen persönlichen Gesprächen mit dem Vorstand Informationen bezogen und Ratschläge gegeben.

Der Aufsichtsrat hat sich genau und ausführlich mit der Lage der Gesellschaft beschäftigt und dabei seine Aufgaben nach Gesetz und Satzung wahrgenommen.

Des weiteren erhielt der Aufsichtsrat schriftliche Informationen. Die Zusammenarbeit mit dem Vorstand war gut.

In der Aufsichtsratssitzung vom 21.03.2009 stand die Finanzkrise im Mittelpunkt der Diskussion. Der Vorstand wurde gebeten, besonders vorsichtig zu handeln. Dem Aufsichtsrat wurde der Hinweis auf eine geordnete Finanzsituation der Gesellschaft gegeben und dass wegen der guten Geschäftsentwicklung der Tochtergesellschaft N.V. Beheer v/h Philips Tabak eine Zuschreibung (Wertaufholgebot) für 2008 möglich sei.

In der Sitzung vom 29.04.2009 stand die Vorlage und die Verabschiedung des Jahresabschlusses 2008 im Mittelpunkt der Diskussion. In Anwesenheit der Wirtschaftsprüferin wurde der Abschluss diskutiert und einstimmig verabschiedet.

Die Sitzung vom 27.08.2009 hatte in der Tagesordnung die aktuelle Geschäftslage auf der Agenda. Hier wurden Mietrückstände eines Mieters diskutiert und der allgemeine Geschäftsgang unserer Gesellschaft. Die Wahl des Aufsichtsratsvorsitzenden und seines Vertreters stand auf der Tagesordnung.

Am 14.11.2009 befasste sich der Aufsichtsrat mit den Pflichtveröffentlichungen im Internet. Außerdem wurde die Ergebnisentwicklung diskutiert und über die Vermietungssituation gesprochen. Ferner wurde erörtert, das Grundstück in Bielefeld zu verkaufen. Es wurde außerdem beschlossen, die neue Erklärung über die Abweichungen zum Corporate Governance im Dezember fristgerecht zu veröffentlichen.

Der Jahresabschluss 2009 sowie der Lagebericht sind von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Susat & Partner OHG, Hamburg, geprüft worden. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt, und der Jahresabschluss wurde mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Vor Billigung des Jahresabschlusses hat der Vorstand dem Aufsichtsrat die Lage der Gesellschaft dargestellt und die mittelfristige Planung erläutert. Der Prüfungsbericht wurde vom Aufsichtsrat zur Kenntnis genommen. Dem Ergebnis der Abschlussprüfung schließt sich der Aufsichtsrat nach einer ausführlichen Diskussion mit dem Wirtschaftsprüfer an.

Der Aufsichtsrat stimmt in seiner Sitzung vom 19.04.2010 dem vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und dem Lagebericht nach Prüfung zu. Der Jahresabschluss 2009 ist damit festgestellt.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und den Mitarbeiterinnen für die geleistete Arbeit.

Hamburg, im April 2010

Der Aufsichtsrat

Dr. Horst Reuter
- Vorsitzender -

Anhang für das Geschäftsjahr 2009

Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft, Hamburg
Bilanz zum 31. Dezember 2009

Aktiva

	Stand am 31.12.2009 €	Stand am 31.12.2008 T€
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.749.540,93	4.800
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1,51	0
	<u>4.749.542,44</u>	<u>4.800</u>
II. Finanzanlagen		
Beteiligungen	300.000,00	300
	<u>5.049.542,44</u>	<u>5.100</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	351.690,30	464
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	66.133,85	32
3. Sonstige Vermögensgegenstände	35.461,11	54
	<u>453.285,26</u>	<u>550</u>
II. Wertpapiere		
Sonstige Wertpapiere	161.663,29	306
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	<u>83.331,33</u>	<u>74</u>
	<u>698.279,88</u>	<u>930</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	859,00	1
	<u>5.748.681,32</u>	<u>6.031</u>

Passiva

	Stand am 31.12.2009 €	Stand am 31.12.2008 T€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	1.228.708,38	1.229
- davon Stammaktien: € 1.044.402,12 (Vorjahr: T€ 1.044) -		
- davon Vorzugsaktien ohne Stimmrecht gemäß § 139 AktG: € 184.306,26 (Vorjahr: T€ 184) -		
II. Kapitalrücklage	603.081,23	603
III. Bilanzverlust	<u>-577.803,55</u>	<u>-577</u>
	1.253.986,06	1.255
B. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	217.588,00	227
2. Sonstige Rückstellungen	<u>110.622,95</u>	<u>110</u>
	328.210,95	337
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.775.677,49	4.054
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 1.202.475,70 (Vorjahr: T€ 1.175) -		
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren: € 1.993.110,45 (Vorjahr: T€ 2.184) -		
- davon durch Grundpfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert: € 3.774.533,92 (Vorjahr: T€ 4.024) -		
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	70.266,92	35
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 70.266,92 (Vorjahr: T€ 35) -		
3. Sonstige Verbindlichkeiten	303.159,41	333
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 301.404,41 (Vorjahr: T€ 333) -		
- davon aus Steuern: € 4.908,12 (Vorjahr: T€ 2) -		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: € 96,15 (Vorjahr: T€ 0) -		
	<u>4.149.103,82</u>	<u>4.422</u>
D. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>17.380,49</u>	<u>17</u>
	<u>5.748.681,32</u>	<u>6.031</u>

Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft, Hamburg

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

	€	2009 €	2008 T€
1. Umsatzerlöse		589.033,00	610
2. Sonstige betriebliche Erträge		168.594,70	387
3. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-133.638,72		-132
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-45.075,78		-44
- davon für Altersversorgung € 28.004,57 (Vorjahr: T€ 27) -		-178.714,50	
4. Abschreibungen auf Sachanlagen		-50.729,00	-51
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-286.592,51	-696
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		28.870,77	24
7. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		-10.972,38	-242
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-243.884,29	-254
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>15.605,79</u>	<u>-398</u>
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-3.862,43	0
11. Sonstige Steuern		-12.300,83	-13
12. Jahresfehlbetrag		<u>-557,47</u>	<u>-411</u>
13. Verlustvortrag aus dem Vorjahr		-577.246,08	-166
14. Bilanzverlust		<u><u>-577.803,55</u></u>	<u><u>-577</u></u>

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss wird nach den handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt.

Die nach § 161 des Aktiengesetzes vorgeschriebene Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex ist im Dezember 2009 abgegeben und den Aktionären auf der Internetseite der Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft zugänglich gemacht worden.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1. Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gliederung der Bilanz erfolgte gemäß § 266 HGB und § 152 AktG.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach § 275 HGB und § 158 AktG unter Anwendung des Gesamtkostenverfahrens gegliedert.

Die Gesellschaft weist das Ergebnis aus Optionsgeschäften saldiert unter den sonstigen betrieblichen Erträgen oder Aufwendungen aus.

2. Bewertungsgrundsätze

Die Gegenstände des Anlagevermögens sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt worden.

Die Abschreibungen auf die abnutzbaren Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens werden linear entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer vorgenommen.

Die Finanzanlagen sind grundsätzlich mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert oder mit dem am Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens werden mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Rückstellungen werden in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme angesetzt.

Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

III. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

1. Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens (Anlagenspiegel) wird auf Seite 15 dargestellt.

Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft, Hamburg

Entwicklung des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2009

	Anschaffungs- oder Herstellungskosten		Kumulierte Abschreibungen			Restbuchwerte	
	Stand am 1.1.2009	Stand am 31.12.2009	Stand am 1.1.2009	Zugänge	Stand am 31.12.2009	Stand am 31.12.2009	Stand am 31.12.2008
	€	€	€	€	€	€	€
I. Sachanlage							
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	5.077.198,93	5.077.198,93	276.929,00	50.729,00	327.658,00	4.749.540,93	4.800.269,93
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	15.763,85	15.763,85	15.762,34	0,00	15.762,34	1,51	1,51
	5.092.962,78	5.092.962,78	292.691,34	50.729,00	343.420,34	4.749.542,44	4.800.271,44
II. Finanzanlagen							
Beteiligungen	1.361.058,98	1.361.058,98	1.061.058,98	0,00	1.061.058,98	300.000,00	300.000,00
	6.454.021,76	6.454.021,76	1.353.750,32	50.729,00	1.404.479,32	5.049.542,44	5.100.271,44

2. Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände

Die ausgewiesenen Forderungen haben eine Restlaufzeit von unter einem Jahr. Gegenüber dem Finanzamt bestehen Forderungen in Höhe von € 5.563,59 (Vorjahr: T€ 24). Die im Vorjahr unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesenen Forderungen aus Mieterträgen in Höhe von € 66.133,85 (Vorjahr: T€ 32) werden zur Verbesserung der Klarheit der Darstellung analog zur Ausweisänderung der Mieterträge als Umatzerlöse in der Bilanz zum 31. Dezember 2009 unter den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ausgewiesen. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

3. Eigenkapital

Vorliegende Mitteilungen nach §§ 21,22 WphG:

	Datum Mitteilung	Überschrittene Schwellen	Datum Überschreitung	Gesamt %	davon zuzurechnen
Bernd Günther	19.05.08	20 %	05.05.2008	24,01	7,46 %
Wicking`sche Versicherungs- Vermittlung GmbH	25.01.05	5 %	07.01.2005	7,46	
Otto M. Schröder Bank AG	17.12.04	5 %	19.11.2004	7,04	
Runold Meier-Naust	13.05.08	5 %	06.05.2008	6,87	

Frau Traute Horn und die Horn Kapitalverwaltung haben jeweils am 30. November 2009 mitgeteilt, dass die Schwelle von 3 % der Stimmrechte am 12. November 2009 unterschritten und an diesem Tag 1,88 % betragen haben.

Nach einer informellen Mitteilung beliefen sich die entsprechenden Anteile am 13. November 2009 bei Herrn Bernd Günther auf insgesamt 24,01 %. Die ihm zuzurechnenden Stimmrechte betragen unverändert 7,46 %.

Das Grundkapital beträgt € 1.228.708,38 und setzt sich wie folgt zusammen:

Stammaktien	Stück 289.000	€ 1.044.402,12
Vorzugsaktien	Stück 51.000	€ 184.306,26
	Stück 340.000	€ 1.228.708,38
	=====	=====

Die Hauptversammlung vom 31. August 2005 hat unter anderem die Ergänzung der Satzung in § 4 um einen neuen Absatz 4 (Genehmigtes Kapital) beschlossen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Grundkapital bis zum 30. August 2010 um bis zu € 600.000,00 durch einmalige oder mehrmalige Ausgabe von auf den Inhaber lautender Stückaktien ohne Nennwert gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2005).

4. Rückstellung für Pensionen und andere Verpflichtungen

Die Pensionsrückstellungen werden unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze auf Grundlage der Heubeck-Tafeln 2005 G nach dem Teilwertverfahren gemäß § 6a EStG mit einem Rechnungszinsfuß von 6 % ermittelt.

5. Sonstige Rückstellungen

Der ausgewiesene Betrag setzt sich wie folgt zusammen:	€
Vorstandsbezüge aus Vorjahren	82.710,05
Jahresabschlusskosten	22.400,00
Aufsichtsratsvergütung	5.112,90
Berufsgenossenschaft	<u>400,00</u>
	110.622,95
	=====

6. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten belaufen sich per 31. Dezember 2009 auf € 3.775.677,49 (Vorjahr: T€ 4.054), davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 1.202.475,70 (Vorjahr: T€ 1.175).

Der Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren beläuft sich auf € 1.993.110,45 (Vorjahr: T€ 2.184). Als Sicherheiten hierzu bestehen Grundschulden, Sicherungsabtretungen und Verpfändung eines Wertpapierdepots (siehe Erläuterung unter 7. Pfandrechte).

7. Pfandrechte

Zur Besicherung der Verbindlichkeiten bei der HSH Nordbank AG ist ein Wertpapierdepot verpfändet. Ferner erfolgte eine Sicherungsabtretung der Rechte und Ansprüche aus Miet- und Pachtverträgen des Beleihungsobjektes.

Die bei der Hamburger Volksbank eG gehaltenen Wertpapiere dienen als Sicherheit für Eurex-Geschäfte.

Zur Sicherung der Darlehen bei der Westdeutschen ImmobilienBank AG sind sämtliche gegenwärtigen und zukünftigen Ansprüche aus der Vermietung und Verpachtung des Beleihungsobjektes abgetreten.

Schließlich bestehen Grundpfandrechte für Bankverbindlichkeiten in Höhe von € 3.774.533,92 (Vorjahr: T€ 4.024).

8. Haftungsverhältnisse

Es bestehen selbstschuldnerische Bürgschaften gegenüber der Otto M. Schröder Bank in Höhe von € 133.000,00 (Vorjahr: T€ 152) zugunsten Dritter.

9. Umsatzerlöse

Im Vorjahr wurden die Mieterträge unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Zur Verbesserung der Klarheit der Darstellung erfolgte der Ausweis der Mieterträge (€ 589.033,00; Vorjahr: 609.525,66) in diesem Jahr gesondert unter den Umsatzerlösen. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

10. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge des Vorjahres beinhalten in Höhe von € 299.999,41 Erträge aus der Zuschreibung des Beteiligungsansatzes an der Philips Tabak aufgrund der verbesserten Ertragssituation.

11. Angabe zu Geschäften mit nahestehenden Personen

Folgende Lieferungen und Leistungen wurden mit nahestehenden Personen oder Unternehmen, die einen bedeutenden Einfluss ausüben können, erbracht oder in Anspruch genommen:

Die Gesellschaft hat einem Unternehmen, mit dem ein Beteiligungsverhältnis besteht, ein unbesichertes Darlehen in Höhe von ursprünglich € 676.601,94 gewährt, für das vertragsgemäß jederzeit das Recht zur Rückzahlung besteht. Das Darlehen wird mit 6 % (Vorjahr: 0 %) verzinst, im Geschäftsjahr 2009 wurden Zinserträge in Höhe von € 24.616,61 (Vorjahr: € 0) vereinnahmt. Zum Bilanzstichtag werden Darlehens- und Zinsforderungen in Höhe von insgesamt € 351.690,30 (Vorjahr: € 464.073,69) ausgewiesen.

Die HGL AG hat im Geschäftsjahr 2009 von einem Unternehmen, in dem Herr Bernd Günther Mitglied der Geschäftsführung ist, Auslagen für anteilige Kosten für Büronutzung, Kopierer, Fax und Telefon sowie Büro- und Managementleistungen in Höhe von € 60.000,00 (Vorjahr: € 42.000,00) erstattet bekommen.

Der Vorstand der HGL AG hat der Gesellschaft ein unbesichertes Darlehen gewährt, das vertragsgemäß jederzeit zurückgezahlt werden kann und mit 6 % p.a. verzinst wird. Die Gesellschaft weist zum Bilanzstichtag hieraus Verbindlichkeiten in Höhe von € 269.590,38 (Vorjahr: € 317.000,99) aus. Die Zinsaufwendungen im Geschäftsjahr betragen € 17.889,39 (Vorjahr: € 19.270,49). Weiterhin hat der Vorstand am 30. November 2006 eine selbstschuldnerische Bürgschaft in Höhe von € 100.000,00 zugunsten der HGL AG für das Darlehen bei der Westdeutschen ImmobilienBank AG gegeben. Die Bürgschaft wurde kostenfrei gewährt.

IV. Sonstige Angaben

1. Im Jahresdurchschnitt wurden zwei Vollzeitkräfte und zwei Teilzeitkräfte beschäftigt.

2. Vorstand

Bernd Günther Hamburg, Kaufmann

Weitere Tätigkeiten und Funktionen:

Vorsitzender des Aufsichtsrates bei:

H&R WASAG AG, Salzbergen
Maschinenfabrik Heid AG, Stockerau, Österreich
New York Hamburger Gummi-Waaren Compagnie AG, Hamburg
MATERNUS-Kliniken AG, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrates bei:

REAL AG, Kelkheim
Kremlin AG, Hamburg bis 26. Juni 2009
Patrio Plus AG, Hamburg ab 10. August 2009

3. Aufsichtsrat

Dr. Horst Reuter Hamburg, Rechtsanwalt/Steuerberater
(Vorsitzender)

Dipl.-Kfm. Hanns Günther Frankfurt, Bankkaufmann

Michael von Busse Hamburg, Bankkaufmann

Weitere Tätigkeiten und Funktionen:

Mitglied des Aufsichtsrates bei:

Menzel Vermögensverwaltung AG, Hamburg
Kremlin AG, Hamburg
ACM Advanced Capital Management, Aachen, ab März 2009

4. Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten eine feste jährliche Vergütung von jeweils € 2.556,46. Ein Mitglied des Aufsichtsrates hat für die Geschäftsjahre 2008 und 2009 auf seine Vergütung verzichtet, so dass die Aufsichtsratsvergütungen im Geschäftsjahr 2009 € 5.112,90 betragen. Die im Vorjahr gebildete Rückstellung für die Vergütung der beiden anderen Mitglieder des Aufsichtsrates für das Jahr 2008 in Höhe von € 5.112,90 wurde im Berichtsjahr aufgrund des Verzichts der Mitglieder aufgelöst.
5. Der Vorstand (Herr Bernd Günther) erhält ausschließlich erfolgsunabhängige Bezüge, die im Geschäftsjahr € 62.400,00 (Vorjahr: T€ 62) betragen.
6. Die Bezüge an frühere Organmitglieder betragen € 18.406,51 (Vorjahr: T€ 18). Ferner sind für Rentenbezüge früherer Organmitglieder € 167.565,00 (Vorjahr: T€ 173) zurückgestellt.
7. Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar für den Abschlussprüfer in Höhe von € 11.900,00 (Vorjahr: T€ 12) betrifft Prüfungskosten sowie sonstige Beratungsleistungen € 1.432,75 (Vorjahr: T€ 0).
8. Die Gesellschaft ist am Grundkapital der N.V. Beheer v/h Philips Tabak, s'Hertogenbosch/Niederlande, mit € 1.361.340,65 (bzw. rd. 49,0 %) beteiligt. Das Eigenkapital betrug am 31. Dezember 2009: T€ 1.065 (Vorjahr: T€ 983). Darin ist ein Jahresüberschuss in Höhe von T€ 82 (Vorjahr: T€ 347) enthalten.

Hamburg, den 19. April 2010

Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft
Der Vorstand

Bernd Günther

Erklärung des Vorstandes

Bilanzeid

Ich versichere nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Hamburg, im April 2010

Der Vorstand

Bernd Günther

Wir erteilen nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 sowie dem Lagebericht der Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft, Hamburg, den folgenden

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft, Hamburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 19. April 2010



Susat & Partner oHG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Nommensen
Wirtschaftsprüfer

Jakumeit
Wirtschaftsprüferin